



Eine ziemlich verkorkste Beziehung

Jenseits der geschliffenen Routine und Rhetorik deutsch-italienischer Politik brodeln viele Konflikte: Klischees und Vorwürfe lauern an jeder Ecke – an Information und Austausch mangelt es.

Von Tobias Piller, Rom

Zumindest die beiden verstehen einander: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Italiens Ministerpräsident Mario Draghi in freundschaftlicher Atmosphäre während Draghis Antrittsbesuch in Berlin im Juni dieses Jahres

Foto dpa

Größer könnten die Gegensätze nicht sein: Auf der einen Seite höfliche Reden mit diplomatischen, anerkennenden Worten. Auf der anderen Misstrauen, Neid, Unterstellungen, Arroganz und weitreichendes Unwissen übereinander. Beide Welten charakterisieren das Verhältnis zwischen Deutschland und Italien.

Die artige Seite war vor wenigen Tagen wieder zu beobachten, mit gepflegter Routine. Fünfzehntes Deutsch-Italienisches Wirtschaftsforum in Mailand. Im Voraus Grußworte von Bundeskanzlerin Angela Merkel und, erstmals in dieser Rolle, Ministerpräsident Mario Draghi. „Deutschland und Italien sind der Motor der Industrie in der Europäischen Union, aus unseren Fabriken kommt die Hälfte ihrer Industrieproduktion“, sagte Draghi. „2020 umfasste das Handelsvolumen zwischen den beiden 116 Milliarden Euro, mehr als der Wert des italienischen Handels mit den Vereinigten Staaten und China zusammen.“ Draghi hatte noch mehr anschauliche Beispiele mitgebracht: Deutschland handele mehr mit der Lombardei als mit der Türkei, Italien mehr mit Bayern als mit Polen. „Unser Wohlstand hängt davon ab, dass wir einig sind“, lautete Draghis Schlussfolgerung.

Und noch mehr warme Worte: Die Präsidentin der deutsch-italienischen Handelskammer in Mailand, Monica Poggio, berichtete, wie 1921, nach dem Ende einer Pandemie mit der Spanischen Grippe, die Handelskammer der beiden Länder entstand, für gemeinsamen Fortschritt mit Wachstum und Innovationen. Die Wirtschaft beider Länder ist vernetzt: In Deutschland erarbeiten 1600 italienische Unternehmen mit 104 000 Mitarbeitern einen Umsatz von 59 Milliarden Euro, in Italien kommen 1900 deutsche Unternehmen mit 168 000 Beschäftigten auf ein Geschäftsvolumen von 72 Milliarden Euro.

In der italienischen Öffentlichkeit ist allerdings von Gemeinsamkeit und Schulter-schluss wenig zu spüren. Das Bild wird dominiert von Vorwürfen, Unterstellungen und falschen Behauptungen. Wer böse Klischees sucht, kann sie nicht nur in deutschen Boulevardzeitungen lesen, sondern auch in italienischen Zeitungsschlagzeilen, am meisten in populistischen rechten Zeitungen. „Antideutsch zu sein ist derzeit schick“, meint ein Deutschlandkenner unter Italiens Journalisten. Die erste Titelseite mit dem bösen Schimpfwort gegen Angela Merkel, „Culona“ – vorsichtig zu übersetzen mit Riesenhintern, habe eine verkaufte Auflage gebracht wie nie zuvor, sagte der langjährige Chefredakteur der Ta-

geszeitung Il Giornale, Alessandro Sallusti. Während sich andere in der Szene der rechten Blätter ohne Widerspruch austoben könnten, erzeugte Sallusti immer auch ein diplomatisches Problem. Denn Il Giornale gehört der Familie Berlusconi. Dieses Blatt behauptete auch in großen Lettern: „Es war der Riesenhintern“, Merkel habe den Sturz von Ministerpräsident Silvio Berlusconi verursacht. Beweise oder Fakten dafür? Fehlen bis heute.

Aus der Schmutzlecke bis in bürgerliche Kreise vorangekommen ist der Begriff vom „Quarto Reich“, dem angeblichen vierten Reich, das Deutschland mithilfe des Euros etabliert habe. Wer in die Archive der Neunzigerjahre zurückgeht, findet dort allerdings nicht ein Deutschland, das wegen irgendwelcher Machtgelüste Italien in den Euroraum eingemeinden wollte. Im Gegenteil: Italiens Regierende, Politiker und Medien strebten mit allen Mitteln nach der Aufnahme in den Euroraum „von Anfang an“, auch im Wissen, dass ihrem Land sonst eine Staatsschuldenkrise drohte. Deutschland war damals hin- und hergerissen zwischen dem Befürworten politischer Konzessionen an Italien und misstrauischen Anhängern der Maastricht-Kriterien mit einer – von Italien nie erreichbaren – Staatsschuldenquote von 60 Prozent. Das hielt den betagten Ökonomen Paolo Savona 2018 nicht davon ab, eine Autobiographie zu veröffentlichen, in der zu lesen war, dass die Deutschen mithilfe des Euros die Herrschaft über Europa erlangt hätten, die sie mit dem Nationalsozialismus nicht erringen konnten.

Zum Politikum wurde diese Bemerkung, weil Savona von den Sovranisti, den Verfechtern „italienischer Souveränität“, in der Koalition der rechten Lega und der Fünf-Sterne-Bewegung vom Juni 2018 an als Schatz- und Finanzminister vorgesehen war. Nach Interventionen im Hintergrund, offenbar vom Staatspräsidenten und wohl auch vom damaligen EZB-Präsidenten Draghi, wurde Savona mit dem Amt des Europaministers abgefunden. 2019 wurde er im Alter von 82 Jahren für eine Amtsdauer von sieben Jahre zum Präsidenten der Börsenaufsicht berufen und gehört damit weiterhin zum wirtschaftlichen Establishment der Hauptstadt.

Nicht allein durch antideutsche Spitzen, auch wegen erstaunlicher Defizite bei Daten und Fakten wissen viele italienische Kommentatoren und Ökonomen zu beeindrucken. Man müsse endlich die – angeblich calvinistisch-sparsamen – Deutschen dazu bringen, mehr zu konsumieren, schrieb etwa im Sommer ein ehemaliger Schatz- und Finanzminister, der mittlerweile in ver-

antwortlicher Position bei einer amerikanischen Investmentbank arbeitet. Er wunderte sich, als er kurz danach mit Statistiken konfrontiert wurde – mit einem Anstieg des privaten Konsums pro Kopf in Deutschland von 36 Prozent über die Krisenjahre von 2007 bis 2019. Der Italiener hatte voreilig von den Zahlen seines Landes (8,9 Prozent bis 2019) auf Deutschland geschlossen.

Denn über viele Jahre war den Italienern von Politikern, Kommentatoren und Ökonomen eingebläut worden, dass Deutschland mit seiner Philosophie der Austerität

– allein schon weil Schulden ja Schuld bedeuteten – Verantwortung für die Wachstumsschwäche Italiens trage. Würde man den Italienern größere Haushaltsdefizite zugestehen, wären Italiens Probleme leichter zu lösen, sagten populistischen Ministerpräsidenten wie früher Silvio Berlusconi, zuletzt auch Matteo Renzi. Die Schuldzuweisungen fielen auf fruchtbaren Boden. Irgendwann rief schließlich auch die Vermieterin an, eine 75 Jahre alte römische Baronessa, die dem deutschen Italien-Korrespondenten die Frage stellte: „Wann lässt

sich Merkel endlich wieder wachsen?“ Aus Deutschland bleiben solche Anwürfe unwidersprochen. Niemand begibt sich gern ins Gestrüpp der Wirtschafts- und Haushaltsdaten. Da hätte man etwa finden können, dass Ministerpräsident Renzi in nur vier Jahren etwa 80 Milliarden Euro mehr an Haushaltsdefizit verursachte, als er 2014 selbst geplant hatte. Renzi war aber nie müde geworden, die angeblich viel zu starren Schuldengrenzen für die Schwächen Italiens verantwortlich zu machen. Gegen die eigentlichen Wachstumshindernisse wie stagnierende Produktivität, langsame Gerichte, byzantinische Verwaltung, hat er wenig zustande gebracht, aber es war gut, einen Schuldigen gefunden zu haben.

Noch immer wirkt nach, dass die größte Wirtschaftszeitung des Landes, Il Sole 24 Ore, aber auch ihr Radiosender Radio24 jahrelang regelrechte Kampagnen gegen Deutschland führten, vor allem gegen ein „Austeritätsdiktat“ aus Berlin. Pikanterweise gehört die Zeitung dem italienischen Unternehmerverband Confindustria, der sich andererseits immer um diplomatische Einmütigkeit mit deutschen Partnerverbänden bemüht. Einer der regelmäßigen Kolumnisten von Il Sole 24 Ore, Marcello Minenna, lieferte erst vor wenigen Tagen eine Kostprobe für die vorherrschende Denkweise unter Italiens Ökonomen: Die Schuldenbremse in der Verfassung führe zu unterdimensionierten Staatsausgaben. Mangelnde öffentliche Investitionen hätten zu einem „Verfall der Infrastruktur des Landes“ und zu einer Verschlechterung der gesamten Verkehrsinfrastruktur geführt. Außerdem gebe es viel zu viele schlecht bezahlte Deutsche, die immer mehr in Halbtagjobs gedrängt werden.

Wenn italienische Minister und Ökonomen höhnisch fragen, wann denn Deutschland endlich anfangen wolle, in die Renovierung seiner Brücken und Autobahnen zu investieren, wird offensichtlich, dass sie dort nie auf Autobahnen oder Bahnstrecken unterwegs waren, deshalb auch keine Baustellen gesehen haben konnten. Völlig in zwei Welten leben Italien und Deutschland aber, wenn es um die Erfahrungen mit dem Arbeitsmarkt geht. Deutschland hat nie erklärt, dass das Streben nach zusätzlicher Beschäftigung (nicht Defizite) der eigentliche nachhaltige Wachstumsmotor sein kann. In Italien ist unbekannt, wie der enorme Zuwachs an Beschäftigung in Deutschland seit dem Jahr 2005 zum Wohlstand beigetragen hat. Unvorstellbar auch, wie auf diese Weise explodierende Staats-einnahmen in Berlin nicht zu Austerität, sondern zu frühlichem Wettbewerb um immer neue Wohltaten aus der Staatskasse

führten, während Italien auf der Stelle trat. Während sich in Norditalien auf fünf Posten als Krankenschwester Tausende bewerben, für eine schlecht bezahlte Karriere als Lehrer auch mehr als Hunderttausend, ist in Deutschland der qualifizierte Bewerber König. Italienische Politiker, die bis 2005 voll Schadenfreude über Deutschland als „kranken Mann Europas“ sprachen, wollen sich nun nicht blamieren gegenüber deutschen Erfolgen und behaupten flugs, das Beschäftigungswunder bestehe doch nur aus schlecht bezahlten Minijobs. Wer nachsieht, könnte allerdings herausfinden, dass sich deren Zahl seit der Einführung 2004 nicht substantiell verändert hat.

Deutsche Kommunikation in Richtung Italien wirkte oft desinteressiert und lückenhaft. Allzu leicht wird sie auch wegen der schrecklichen deutschen Besatzung Italiens zum Minenfeld. Unbeholten wirken deutsche Politiker, denen es nicht gelingt, Motive und Zusammenhänge ihrer wirtschaftlichen Leitlinien zu erläutern. Sie ziehen es aus falsch verstandener Freundlichkeit vor, Italien gönnerhaft gute Bemühungen zu attestieren, womit sie dann umso mehr wie Oberlehrer wirken.

Zwischen Deutschland und Italien, getrennt durch hohe Sprachbarrieren, gibt es unvermutet doch noch zwei Entwicklungen, die neue Perspektiven eröffnen: Italien stellt in Deutschland die meisten Auslandsstudenten unter den Europäern, im Wintersemester waren es 14 000. Zudem haben Zehntausende der am besten qualifizierten jungen Italiener in Deutschland Arbeit gefunden. „Als Elternteil ohne eigene Beziehung zu Deutschland erlebe ich plötzlich ein Land jenseits der Klischees, im Positiven wie im Negativen“, sagt die italienische Mutter einer zufriedenen italienischstämmigen Neu-Berlinerin. Für dort in den ehemaligen Chefredakteur Guido Molto, nun Herausgeber eines Internet-seite, ist künftig noch ein Effekt von der Neugierde italienischer Reisender zu erwarten: „Während der vergangenen zwei Jahrzehnte wurde Deutschland zum Reiseziel für Italiener, die sich früher nie vorstellen konnten, eine Vergnügungsreise nach Norden zu machen“, sagt er. Nach der Corona-Krise werde das zu mehr Verständigung führen. Für alle, die an den Grenzen italienischer und deutscher Kultur tätig sind, gilt es, einen überall bekannten Erfahrungssatz zu überwinden: „Die Deutschen lieben die Italiener, aber sie respektieren sie nicht. Die Italiener respektieren die Deutschen, aber sie lieben sie nicht.“

„QUARTO REICH“
„Das vierte Reich“
Deutschland herrscht angeblich mit Hilfe des Euro

„CIAO CIAO CULONA“
„Ciao Riesenhintern“
Code- und Schmähwort der Rechten für Angela Merkel

„VAFFAN MERKEL“
Zeitungszipfel: „Leck mich Merkel“

Schmähtitel gegen Merkel in rechtspopulistischen Zeitungen Italiens wie Libero und Berlusconis Giornale. Foto dpa

Wer hat denn jetzt gewonnen? Unter den hiesigen Grundschulern herrscht fast eine Woche nach der Bundestagswahl gewaltige Konfusion. Ist halt schwierig, wenn es keinen Gewinner gibt. Unverständnis macht sich breit. „Wenn Bayern München eine Minute vor Schluss doch noch ein Tor schießt, dann haben sie doch auch gewonnen.“ Warum die Bayern selbst in den profansten Beispielen immer als Sieger dargestellt werden, steht auf einem anderen Blatt, wäre aber auch wirklich mal eine soziologische Betrachtung wert. Aber egal: Ja, auch knapp gewonnen ist gewonnen. „Wieso sagt Herr Laschet denn dann nicht, dass er verloren hat?“ Der Mann hat keine Ahnung, in welche Bredouille er Eltern bringt.



Auf einen Espresso

Zweiter Sieger

Von Inken Schönauer

FÜR DEN WEITEREN VERLAUF des just erst begonnenen Schuljahres ist es jedenfalls überaus kontraproduktiv, dem ohnehin matheunbegeisterten Nachwuchs erklären zu müssen, dass die 25,7 Prozent für Scholz gleich den 24,1 Prozent für Laschet sind und deswegen eben auch die

CDU regieren will. Die nächste nervenaufreibende Diskussion ist doch programmiert. Mit der nach Hause gebrachten Fünf ist man nur wenige Punkte an der Eins vorbei und damit so gut wie der Sieger der Klasse. Danke, Herr Laschet. Danke.

DIE BERLINER TEXTAUFGABE wird im weiteren Verlauf aber noch viel undurchsichtiger. Warum also der mit viel Wohlwollen bezeichnete „zweite Sieger“ der Bundestagswahl 2021 (CDU) meint, mit der Nummer vier (FDP), Gespräche darüber führen zu können, ob sie dann die Nummer drei (Grüne) dazunehmen und so dann die tatsächliche Nummer eins (SPD) ausbooten, um die Regierung zu stellen – das versteht nun außerhalb der Berliner Politikblase überhaupt keiner mehr. Muss auch niemand, denn der Söder Markus hat sowieso keine Zeit zum Sondieren. Erst mal ist die Sause zum achtzigsten Geburtstag des einstigen Landesfürsten Edmund Stoiber dran. First things first – sogar wenn man Zweiter ist.

WAHRSCHEINLICH ARBEITET Team Laschet sowieso noch an der richtigen Location für das Handy-Selfie, das dann über die sozialen Kanäle gejagt wird. Geht gar nicht mehr ohne. Da will man den Jungstars der neuen dynamischen Achse Gelb-Grün ganz sicher in nichts nachsehen. Laschet ist dann aber auch in einem echten Dilemma. Dürfte er auf solchen Fotos eigentlich lachen?

WIR SIND ÜBRIGENS – das sei schon mal ganz klar gesagt – so gar nicht erpicht auf Wasserstandsmeldungen via Twitter. Verhandeln, Ergebnis, fertig. Wir brauchen keine Selfies. Das Jahr 2017 kommt einem vor wie gestern als die praktisch gleiche Protagonistengruppe von heute auf dem Balkon des Gebäudes der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft bei den Sondierungsgesprächen Spaß und gute Laune zur Schau stellte. Der Katzenjammer am Ende ist bekannt. Die daraus folgende Große Koalition auch. Als Beobachter von der Seitenlinie fragt man sich ja sowieso immer, wie

solche Sondierungen eigentlich ablaufen. Das Einziehen von roten Linien erscheint uns dabei absolut elementar. Da freuen wir uns schon auf die Diskussion um Tempolimit. Der Kampf gegen Klimawandel muss beherzt angegangen werden. Von allen, immer, überall, koste es, was es wolle. Aber Tempolimit? Nein, also irgendwann ist dann auch wirklich mal Schluss. Besser nicht regieren als schlecht regieren.

IN DIESER POLITISCHEN Wahnachlese kommt einem aber nicht nur 2017, sondern auch das Jahr 2005 in den Sinn. Dass Laschet am Wahlabend einfach keine Niederlage zugeben wollte, hatte geradezu etwas Schrödereskes. „Das kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein“, polterte Gerhard Schröder in der Berliner Runde der die Wahl 2005, die er zwar verloren hatte, das aber nicht zugeben wollte. „Ich sage Ihnen, ich führe Gespräche, und ich sage Ihnen voraus, die werden erfolgreich sein. Sie (Frau Merkel) werden keine Koalition mit meiner Sozialdemokratischen Partei unter Ihrer Führung hinkriegen. Machen Sie sich da nichts vor.“ Die

erste Amtsperiode von Merkel begann bekanntlich mit einer Großen Koalition aus CDU und SPD. „Suboptimal“ nannte Altkanzler Schröder sein Poltern später selbst in einem Interview mit der Wochenzeitung Die Zeit. Auch seiner Frau sei er „zu krawallig“ gewesen. Er fügte hinzu: „War nicht gut, ich weiß.“ Alkohol sei aber nicht im Spiel gewesen. Na immerhin, da waren wir uns 16 Jahre lang nicht so sicher.

IST INSGESAMT aber auch eine Zwickmühle für den amtierenden Ministerpräsidenten Laschet. Immerhin hat der Mann sich ohne Rückfahrchein auf den Weg nach Berlin gemacht. Und wenn jetzt alles nichts wird? Wir müssen auch an Heide Simonis denken, die ehemalige Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein. Was für eine Koindienz, das auch diese Geschichte 2005 spielt. Viermal stellte sie sich im schleswig-holsteinischen Parlament zur Wiederwahl, viermal verlor sie erst die Abstimmung und dann ihr Amt. Legendar der Satz, der jetzt an die Situation Laschets erinnert. „Und was wird dann aus mir?“